

# Wohnungsbau statt Flüchtlingsunterkunft

Der Senat führt Gespräche mit Kieler Innenminister über die Flächen an der Kronsfordter Landstraße – Dort wollte das Land eine Erstaufnahme bauen – Grundstück wird aktuell nicht gebraucht – Stadt würde auch kaufen

Von Kai Dordowsky



Die Flächen haben den unschätzbaren Vorteil, dass bereits Baurecht besteht.“

Bürgermeister Bernd Saxe (SPD)

des Landes gewandt und gebeten, die Fläche umgehend dem Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.“ Auch Sozialsenator Sven Schindler (SPD) hat bei Innenminis-

ter Stefan Studt (SPD) vorgeschlagen. Die Hansestadt brauche in den nächsten Jahren 5000 zusätzliche Wohnungen – nicht zuletzt, um Flüchtlinge unterzubringen, die aus den Gemeinschaftsunterkünften ausziehen. „Die Flächen an der Kronsfordter Landstraße haben den unschätzbaren Vorteil, dass bereits Baurecht besteht“, erklärt Saxe. Die Genehmigung für Wohnungen habe schon vorgelegen, bevor das Land die Grundstücke kaufte.

Schindler sieht gerade im Lübecker Süden stark steigenden Bedarf an neuen Heimen. Denn die Stadt hat ein großes Grundstück an der nicht weit entfernten Baltischen Allee an SLM Solutions verkauft. Das aufstrebende Unternehmen will dort eine neue Produktion aufbauen. Außerdem hofft die Stadt, dass sich die Schwartauer Werke südlich der A 20 niederlassen. Sollte das Land die Grundstücke an Lübeck geben und erneut ei-

ne starke Zuwanderung einsetzen, würde die Kronsfordter Landstraße nicht mehr für eine Erstaufnahme zur Verfügung stehen, sagt Schindler. „Dann müsste eine andere Fläche gesucht werden.“

Der Bürgermeister habe dem Land auch den Kauf der Flächen angeboten, berichtet SPD-Fraktionsvorsitzender Jan Lindenau. Die Bürgerschaft hat am Donnerstag auf Antrag von CDU sowie Freie Wähler & Die Linke einen Antrag beschlossen, der Saxe Rückendeckung für seine Gespräche geben soll. Die CDU sieht in dem Beschluss eine Kurskorrektur sowohl des Landes als auch von Teilen der Bürgerschaft. „Ich freue mich, dass die Bürgerschaft endlich auch mit den Stimmen der SPD eingesehen hat, dass die Konzepte der Landesregierung nicht auf die Zustimmung der Bürger vor Ort getroffen sind“, sagt Fraktionschef Andreas Zander. Die CDU und andere Frak-

tionen hatten sich stets gegen große Erstaufnahmeeinrichtungen ausgesprochen. Zander: „Das muss nun endlich auch die SPD-Landesregierung begreifen und die von ihr erworbenen Grundstücke für den vorgesehenen Wohnbau freigeben.“

Mitte Juli hatte das Innenministerium bekanntgegeben, dass nur Neumünster, Glückstadt, Rendsburg und Boostedt als sogenannte Qualifizierte Erstaufnahmeeinrichtungen weitergeführt werden. Sie haben eine Gesamtkapazität von 6500 Plätzen. Bis Ende September kamen 8300 Flüchtlinge nach Schleswig-Holstein, im vergangenen Jahr waren es über 35 000. Auf LN-Anfrage sagte ein Sprecher des Innenministeriums: „Die Forderung Lübecks ist bekannt, entschieden ist nichts. Wir prüfen die Perspektive des Standorts und sind interessiert, gemeinsam mit Lübeck eine gute Lösung zu finden.“